



Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg

Gruppensprecherin: Marianne Esders
Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg
marianne.esders@dielinke-lueneburg.de

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 19.06.2024

Änderungsantrag an die Vorlage VO/11196/24: „Anmietung von Räumlichkeiten im ökum. Gemeindezentrum St. Stephanus für Stadtteilarbeit sowie Verzicht auf Fördermittel zum Neubau eines Stadtteilhauses“ zur Ratssitzung am 20.6.2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

bei den in der Verwaltungsvorlage VO/11196/24 genannten Entscheidungsoptionen fehlt aus Sicht der Gruppe Die PARTEI / Die Linke eine Option d), die es ermöglicht, die Räumlichkeiten des Ökumenischen Zentrums St. Stephanus schnellstmöglich anzumieten und gleichzeitig die ehemalige AWO-Kita für umfassende Stadtteilentwicklung in Kaltenmoor nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Gruppe Die PARTEI / Die Linke bittet daher die Verwaltung, die vom Verwaltungsausschuss und zuvor vom Sozial- und Finanzausschuss bevorzugte Alternative b) einer zeitnahen Anmietung der Räumlichkeiten des Ökumenischen Zentrums St. Stephanus für die Stadtteilarbeit in Kaltenmoor umzusetzen und diesen Beschluss aber nicht als letzten Schritt, sondern als ersten Schritt und Einstieg in ein umfassendes Stadtteilmanagementkonzept in Kaltenmoor zu werten. Die Realisierung eines Stadtteilhauses in den beengten Räumlichkeiten des Ökumenischen Zentrums St. Stephanus kann nur als ein einzelner Baustein eines umfassenden Stadtteilentwicklungskonzeptes betrachtet werden. Somit sollte auch die AWO-Kita inklusive der bereits eingeworbenen Fördermittel als Bestandteil einer umfassenden Stadtteilentwicklung nicht aus den Augen verloren werden.

Begründung:

Die Bereitstellung eines Stadtteilhauses in Kaltenmoor ist überfällig und wurde über viele Jahre verzögert, auch dann noch, als Fördermittel bereits eingeworben waren. Ausführliche Beratungen zu einer auf Langfristigkeit ausgelegten Stadtteilentwicklung und die dafür notwendige konzeptionelle Einbettung in die in Kaltenmoor zu realisierenden Aufgaben und Projekte mit den betreffenden Akteur*innen hat es in naher Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße gegeben.

Als Einstieg und ersten Schritt für eine Verstetigung der Arbeit des Quartiersmanagers, der zusätzlichen Verortung des Stadtteilmanagements und der damit verbunden Gemeinwesenarbeit ist die Errichtung eines Stadtteilhauses in den Räumen des Ökumenischen Zentrums St. Stephanus geeignet.

Eine abschließende Konzeption der Stadtteilarbeit ist aber noch unter der Berücksichtigung der für das Gemeinwesen vor Ort genutzten Wohnung in der Graf-von-Moltke-Str. 7 und des Ju.-Le.-Treffs in der Julius-Leber-Str. 4 zu treffen.

Da es eine Konzentration Sozialer Hilfe um den St. Stephanus-Platz herum gibt und nicht abzusehen ist, inwieweit das christliche geprägte Gebäude des Ökumenischen Zentrums Bewohner*innengruppen ausschließt und da weitere dringende Themen für die Stadtteilentwicklung Kaltenmoor bestehen (z.B. die Absicherung der medizinische Grundversorgung), sollte die ehemalige AWO-Kita weiterhin Bestandteil der konzeptionellen Weiterentwicklung eines integrierten Handlungskonzepts bleiben. Es ist ein Trugschluss die Vielschichtigkeit des Stadtteils und die sich immer verändernden Umstände für die Menschen in Kaltenmoor allein auf den Bereich St. Stephanus zu konzentrieren.

Hinzu kommt, dass bisher kein erkennbares Nutzungskonzept für ein Stadtteilzentrum in den Räumen des Ökumenischen Zentrums St. Stephanus erarbeitet wurde. Zurzeit gibt es einen Grundriss und Absichtserklärungen. Die in der Verwaltungsvorlage angeführten Schlagwörter sind mit den dafür vorgesehenen Akteur*innen nicht abgestimmt. Vertreter*innen der Organisationen und Gruppen, die laut Verwaltungsvorlage von einem Stadtteilhaus profitieren sollen, wurden bis auf kurze Wortwechsel und vage Ankündigungen nicht in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden. Von den genannten Akteur*innen konnten keine Vorschläge eingebracht, diskutiert und abgewägt werden. Auch den Ratsmitgliedern liegt keinerlei Dokumentation über akteursorientierte Beratungs- und Entscheidungsfindungsprozesse für die Stadtteilentwicklung in Kaltenmoor vor.

Der Mietvertrag zwischen St. Stephanus, St. Marien und Frau Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch ist schon vorformuliert und aufgesetzt, bevor der VA und Rat eine finale Entscheidung getroffen haben. Es entsteht der Eindruck, die Stadtverwaltung wolle im Zeitraffer Versäumnisse nachholen. Dabei versäumt sie selbst die Möglichkeit, mit den vom Stadtteilhaus angesprochenen Akteur*innen ins Gespräch zu gehen, um sich den nötigen Einblick in lokale Bedürfnisse zu verschaffen, diese in der Umsetzung ausreichend abzubilden und breite, auf Langfristigkeit angelegte konzeptionelle Überlegungen anstreben zu können.

Der Stadtteil Kaltenmoor braucht keine weiteren engen Räumlichkeiten, die angemietet werden, um schnell ein halbwegs zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen. Was Kaltenmoor braucht, ist ein regionales Versorgungszentrum. Ein solches Versorgungszentrum, das gut durchdacht und umgesetzt wird, könnte als Modellprojekt gelungener Stadtteilarbeit auch problemlos die nötigen Fördermittel anziehen. Dafür braucht es eine Kommunikationsleistung, die eine gute Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den betreffenden Akteur*innen in Kaltenmoor und eine Integration dieser Akteur*innen in die Planungs-, Entscheidungsfindungs- und Umsetzungsprozesse gewährleistet.

Mit freundlichen Grüßen



Gruppensprecherin Die PARTEI / Die Linke